Nummer 8 — Halle, Sonnabend, den 10. Januar 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Goldmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark u. 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus: Neue Promenade 13 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Saalesaale". Bankverbindung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei hat anläßlich der Innehaltung der vom ganzen deutschen Volke erwarteten Räumung der nördlichen Rheinlande eine energische Protestkundgebung an die Reichsregierung gesandt, in der besonders betont wird, daß durch diesen Vertragsbruch die Hoffnung auf friedliche und gerechte Verständigung gescheitert sei, und daß das ganze Volk einmütig erwarte, daß die Reichsregierung diesen Gewaltakt verhindere.

*

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat dem Konkordat und den Verträgen mit den evangelischen Landeskirchen mit 15 gegen 12 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

*

Gegen Herrn v. Graefe, den Führer der Deutsch Völkischen, schwebt seit Beendigung des Hitlerprozesses beim Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Beihilfe zum Hochverrat, der darin erblickt wird, daß in den kritischen Tagen des November 1923 Herr von Graefe in München weilte und auch nach vorausgegangenen Besprechungen mit den damaligen Führern der Völkischen an der historischen Versammlung im Münchner Bürgerbräu teilgenommen hat. Am Mittwoch ist Herr von Graefe im Auftrag des Oberreichsanwaltes in Berlin vernommen worden.

*

In der öffentlichen Reichsratssitzung vom Donnerstag, dem 8. Januar, verabschiedete sich der bisherige Reichsminister des Innern Dr. Jarres vom Reichsrat, um in seine frühere Amtstätigkeit als Oberbürgermeister von Duisburg zurückzukehren. Der preußische Ministerialdirektor Robis widmete dem scheidenden Minister warme Worte der Anerkennung.

*

Im Zusammenhang mit den deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen hat der Vorstand der italienischen Vereinigung der Schwerindustriellen eine Resolution gefaßt, in der er von der Regierung verlangt, daß sie eine Herabsetzung der Zölle auf Fertigfabrikate der Maschinen-Industrie ablehne.

*

Exkaiserin Zita soll, wie der „Daily Expreß" berichtet, die Absicht haben, sich mit dem Grafen Josepf Hunnadv, dem Verbindungsoffizier zwischen den ungarischen Legitimisten und der Familie des verstorbenen Kaisers Karl, wieder zu verheiraten, um auf diesem Wege die ungarische Staatsangehörigkeit und das Niederlassungsrecht in Ungarn im Interesse ihrer dynastischen Pläne zu erwerben. Graf Hunnadv hält sich gegenwärtig in Spanien auf und leitet die Erziehung des von den ungarischen Legitimisten als König betrachteten ältesten Sohnes Exkaiser Karls, Otto.

*

Zurzeit befindet sich eine türkische Studienkommission für den Unterseedienst, bestehend aus zwei Seeoffizieren und einem Offizier des türkischen Dampfschiffdienstes, in Holland. Die Kommission besuchte gestern die Schiffswerft Feyenoord in Rotterdam und besichtigte einige im dortigen Gemeindehof liegende Unterseeboote. Darauf begab sich die Kommission zu dem gleichen Zweck nach Nieuwediep.

*

Die großen englischen Cleveland-Eisenwerke in Wolverhampton haben ihre Tore geschlossen. Als Grund werden die durch die Orts- und Reichssteuern, verbunden mit der Kranken- und Arbeitslosenversicherung übermäßig hoch gehaltenen Produktionskosten angegeben. — Bei den Siegern das gleiche Bild wie bei uns Besiegten.

*

Der Mohammedaner, der den tödlichen Schuß auf den englischen Oberstkommandierenden Aegyptens abgegeben haben soll, ist nunmehr verhaftet.

*

Vom ägyptischen Parlament und vom Senat in Kairo sind, wie Reichstagspräsident Loebe gestern im Reichstag bekanntgab, bereits Ende des Jahres Telegramme an den Reichstag eingegangen, die gleichzeitig an sämtliche Parlamente der Welt und den Völkerbund gesandt wurden, und in denen gegen die Maßnahmen der englischen Regierung Protest erhoben wird.

*

Für eine Anleihe des Thyssenkonzerns ist in Neuyork gegenwärtig ein Garantiekonsortium in Bildung begriffen. Außer dieser Anleihe sollen noch zwei weitere deutsche und eine schwedische Industrieanleihe vor dem Abschluß stehen. Außerdem verhandelt, wie die B.Z. meldet, Belgien gegenwärtig in Neuyork wegen einer Fünfzigmillionen Dollaranleihe zum Ausbau der Eisenbahnen in seiner afrikanischen Kongokolonie und Dänemark wegen einer vierzig Millionenanleihe zum Zwecke der Kronenstabilisierung.

Reichskanzler Marx verzichtet auf Regierungsbildung?

Die Bemühungen des Reichskanzlers Marx, gemäß dem Wunsch des Reichspräsidenten, sobald wie möglich eine Regierung zu bilden, haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler fand Donnerstag abend eine Besprechung statt, auf Grund derer der Reichskanzler heute die Verhandlungen fortführen wird.

In Ergänzung zu der Meldung, daß Reichskanzler Marx heute die Verhandlungen zur Bildung eines Reichskabinetts fortführen werde, wird mitgeteilt, daß Marx vor seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten sich noch einmal mit der Zentrumsfraktion des Reichstages ins Benehmen gesetzt hätte. Die Fraktion habe die Absicht des Kanzlers gebilligt, seine Verhandlungen zur Regierungsbildung fortzusetzen.

Marx hoffe heute endgültig ein Kabinett zu bilden, daß sich parlamentarisch lediglich auf das Zentrum und die Demokraten stütze, nachdem es im Laufe des späten Abends dem Kanzler gelungen sei, die Bedenken zu zerstreuen, die Reichsfinanzminister Luther und der Reichsernährungsminister hinsichtlich des weiteren Verbleibens in der Regierung geäußert hätten.

Im Gegensatz hierzu steht allerdings eine Version, die sowohl von der „Voss. Zeitung" als auch von der „Zeit" gebracht wird.

Die „Zeit" schreibt, man werde wohl damit rechnen können, daß im Verlaufe des heutigen Tages eine andere politische Persönlichkeit mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werde und man sei berechtigt, in erster Linie an den Finanzminister Dr. Luther zu denken.

*

Der Reichstag wird Freitag Geschäftsordnung und Amnestieanträge beraten und Sonnabend die Erklärung der voraussichtlich bis dahin gebildeten neuen Regierung hören, die am Dienstag besprochen werden dürfte. Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die außenpolitische Lage den Kanzler um beschleunigte Bildung des Kabinetts gebeten.

Eine sozialdemokratische Interpellation im Reichstag verlangt Auskunft über die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

* *

Amts- und Mandatsniederlegung des Reichspostministers?

Weitere politische Auswirkungen des Barmatprozesses.

Das Gerücht, daß der Reichspostminister und Zentrumsabgeordnete Höfle sein Amt und Reichstagsmandat niederlegen werde und ebenso der Zentrumsreichstagsabgeordnete Lange-Hegermann, wurde zunächst dementiert. Jetzt meldet der Berliner Lokalanzeiger,

die mit der Untersuchung in Sachen des Barmatkonzerns beschäftigte Staatsanwaltschaft haben ihre Ermittelungen auf den Reichspostminister Dr. Höfle und den Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann, den Polizeipräsidenten von Berlin Richter und dessen Privatsekretär Stöcker, sowie auf eine Reihe anderer Persönlichkeiten ausgedehnt. Minister Severing soll, wie das Blatt weiter wissen will, den Polizeipräsidenten Richter in den nächsten Tagen von seinem Posten abberufen wollen.

Demnach scheint der Barmatprozeß immer weitere Kreise zu ziehen. Sollte die Meldung sich bestätigen, so wird der Rücktritt Höfles von seinem Ministeramt unvermeidlich, und die vorläufig geplante Regierungsbildung aus Zentrum und Demokraten immer unwahrscheinlicher.

Der Sozialist Bartels Landtagspräsident!

Das Preußische Abgeordnetenhaus wählte gestern das Präsidium. Als Präsident wurde in der Stichwahl der Abg. Bartels (Soz.) mit 201 Stimmen gewählt. Der deutschnationale Gegenkandidat, Dr. von Kries, vereinigte 178 Stimmen auf sich.

Der neue Präsident dankte dem Alterspräsidenten in der üblichen Weise und gab die Versicherung, daß er sein Amt in größter Unparteilichkeit ausüben werde. Zum ersten Vizepräsidenten wurde sodann Abg. Dr. von Kries (Dnatl.), zum zweiten Vizepräsidenten der Abg. Dr. Porsch und zum dritten Vizepräsidenten Abg. Garnich (D. Vp.) gewählt.

Beim Aufruf des Abg. Heilmann (Soz.) riefen die Kommunisten „Barmatschieber", beim Aufruf von Leinert „Schieberleinert". Auch eine Reihe von anderen Abgeordneten, darunter der Abg. Kuttner (Soz.) wurden von den Kommunisten mit freundlichen Zurufen bedacht.

*

Im Preußischen Landtag wird eine Regierungserklärung über die Nichträumung Kölns erfolgen. Nächste Sitzung ist am kommenden Mittwoch, wo das Rumpfkabinett eine Regierungserklärung abgeben dürfte.

Eine Koalition mit Einschluß der Kommunisten?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

„Die Entscheidung liegt in Preußen" hieß es heute in der „Germania". Das Zentrum setzt alle Hebel an. Die Oeffentlichkeit mag davon Kenntnis nehmen, daß sich dort allerhand vorbereitet: **Die wilden Kommunisten würden zur Koalition abfallen; wenigstens arbeitet die führende Partei, das Zentrum, darauf hin,** falls die Partei Stresemanns sich doch, was man freilich in dem Lager des Zentrums nicht erwartet, weiter spröde verhält. Das Ministerium Braun soll bleiben, wenn auch die strenge Auslegung der Verfassung es anders besagt, und zu dem Zweck werden die Parteien der Mitte die Hilfe auch der Kommunisten nicht verschmähen. Deutscher, gib also acht!

Die Sitzung verlief äußerlich ruhig. So groß, wie sonst in solchen Fällen, war der Lärm nicht. Stellenweise gab es stundenlange Pausen, wenn eben gezählt wurde. Die Parteien hatten zunächst fast alle mit Ausnahme von Volkspartei und Demokraten eigene Kandidaten für den Präsidenten, heute den ersten Mann in Preußen, aufgestellt. Im zweiten Wahlgang ging der Sozialdemokrat durch. Die Mehrheit ist nicht imposant. Auch der neue Präsident, Bartels, gehießen, ist es nicht. Er führte sich als starken Mann ein, indem er mit der Geschäftsordnung drohte. Den Kommunisten natürlich, die dazu respektlos, wenn auch nicht rüde wie sonst, dazu lachten. Bartels ist eigentlich niemand. Keiner kennt ihn, Er ist Parteifunktionär gewesen und letzte Zeit im Parteivorstand. Also im Zeichen der Anonymität. Man sieht nicht recht, wie er, wenn es wirklich tobt, das Schiffleln durch aufgetürmte Fluten lenken soll. Das übrige Ergebnis stand fest. In den Abendstunden verlautete, das Ministerium Braun, das in voller Tätigkeit ist, werde erst in acht Tagen die erforderliche Genehmigung des Landtages einholen. Was wird in diesen acht Tagen alles gemacht werden? Auch von den eilen, jetzt zahmer gewordenen Kommunisten?

Hergt Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des Reichstags.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages wählte in seiner gestrigen konstituierenden Sitzung den Abg. Hergt (deutschn.) zum Vorsitzenden und vertagte sich darauf auf heute vormittag 10 Uhr.

Die Freilassung der Kommunisten.

Bei der Beratung der Freilassungsanträge der verhafteten kommunistischen Abgeordneten Heckert, Höllein, Urban, Pfeifer und Rosenbaum stimmte der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages dem kommunistischen Antrag zu, daß Rosenbaum sofort aus der Haft entlassen werde und das gerichtliche Verfahren während der Sitzungsperiode des Reichstages eingestellt werden solle. Bei der Beratung über den Fall Höllein kam zur Sprache, daß Höllein eine Engabe an den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages gerichtet hätte, dieses Schreiben aber vom Untersuchungsrichter mit der Begründung zurückgehalten sei, daß sein Inhalt den Gegenstand der Untersuchung betreffe. Der Verteidiger Hölleins beantragte, der Ausschuß möge beschließen, den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes um Ueberlassung des an den Reichstag gerichteten Schreibens Hölleins zu ersuchen.

Ein Antrag Kopsch (Dem.) die Entscheidung auszusetzen bis zur Rückkehr des Untersuchungsrichters wurde abgelehnt und die Regelungsfrage bis heute ausgesetzt.

Der italienische Wahlreform-Ausschuß der Kammer hat der Regierung vorgeschlagen anstelle der Diäten den Abgeordneten Anwesenheitsgelder zu 100 Lire (gleich rund 17,50 Mark pro Sitzung zuzuweisen. — Aehnliches wäre vielleicht auch bei uns ganz gut.

England, Frankreich und Asien.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz in der Kölner Räumungsfrage ist bekanntlich hauptsächlich auf die Gutachten der englischen Militärsachverständigen zurückzuführen. Mehr und mehr aber gewinnt es den Anschein, daß die englische Politik seit dem Regierungsantritt der Konservativen eine ganz große neue Linie aufnimmt, in der die Kölner Frage nur ein Detail ist, ein Punkt.

England erlebt gegenwärtig die Erhebung der muselmanischen und asiatischen Welt innerhalb seines ungeheuren Kolonialreiches. In Aegypten, in Indien, im Irak, in Palästina gärt es. Dazu kommt, daß der Bolschewismus sich mit der muselmanischen Welt im Kampfe gegen die europäische Herrschaft verbindet. Afghanistan, das ewige Schmerzenskind der indischen Regierung, sucht seit langem und findet Unterstützung in Moskau; in Tibet gehen geheimnisvolle Dinge vor, und Tibet grenzt an Rußland. Der chinesische Marschall Tschangsolin, der Herr der Mandschurei, hat sich von Rußland die Unabhängigkeit der Mongolei unter seiner Herrschaft zusichern lassen, die bisher einen Streitpunkt zwischen Rußland, China und Tibet bildete. Die marokkanischen Wirren stehen in engem Zusammenhange mit diesen Vorgängen, und Abd el Krim hat dies auch nicht geleugnet. Die spanischen Niederlagen finden dicht vor den Toren Gibraltars statt, und schon hat man eine Stimme aus dem Londoner Auswärtigen Amt gehört, die beim Fall von Tanger eine englische Intervention in Aussicht stellte.

Gegen diese Bedrohung sieht seit dem Amtsantritt Chamberlains als englischer Außenminister die englische Politik eine energische Wendung eingenommen. **Die Flottenbasis in Singapur,** die unter der Regierung Macdonalds aufgegeben war, wird ausgebaut, in Aegypten herrscht strenge Militärherrschaft, und die Beziehungen zur Sowjetregierung sind gespannt. In der Sowjetregierung erblickt zweifellos die gegenwärtige englische Regierung die Hauptursache aller Wirren, und das Bestreben, diese Gefahr zu parieren, hat jetzt offensichtlich die englische Haltung gegenüber Frankreich bestimmt.

England allein würde, trotz seiner ungeheuren Machtmittel, im Ernstfalle kaum in der Lage sein, eine allgemeine muselmanisch-bolschewistische Erhebung großen Umfanges zu unterdrücken. Es braucht Unterstützung, und diese Unterstützung kann Frankreich in großem Maße gewähren, das einzige Land, das außer England eine große politische Kombination geschaffen hat und über ein Heer von mehr oder weniger von ihm abhängigen kleineren Mächten verfügt. Frankreich ist heute, neben England, der größte Kolonialstaat der Welt. Seine Interessen und seine Truppen stoßen mit den englischen an vielen Gegenden der Erdkugel zusammen, so in Syrien, in Indochina, in Konstantinopel. Schon ist zwischen dem inzwischen abberufenen französischen General Wengand in Syrien und dem englischen Statthalter in Jerusalem, Sir Herbert Samuel, eine gemeinsame Aktionsbasis verabredet worden, um den Ereignissen im Transjordangebiet Halt zu gebieten. In der Marokkofrage hat ein Meinungsaustausch stattgefunden, und bei der letzten Anwesenheit Chamberlains in Paris wird wohl dieser ganze Fragenkomplex erörtert worden sein.

Die letzte Auslandsreise Chamberlains ging zweifellos dahin, eine Art Schutzwall gegen den Bolschewismus zu bilden. Der Vatikan, als die größte geistige Macht gegen den kommunistischen Gedanken, hat den Besuch des englischen Außenministers erhalten, und die italienische Regierung, die erst in diesen Tagen eine neue, ganz außerordentliche Kraftprobe, wenn auch diktatorischer Natur, abgegeben hat, sah sich beinahe von England umschmeichelt. Hat doch auch Italien in Nordafrika bedeutende Besitzungen mit muselmanischer Bevölkerung. Was endlich Frankreich anlangt, so hat man ihm die Aufrechterhaltung der Kölner Besatzung verschafft, deren Aufgabe die militärische Situation der belgisch-französischen Ruhrbesatzungstruppen schwierig gemacht hätte. Vielleicht wäre dies nicht erfolgt, wenn man in Deutschland einen sicheren Wall gegen die bolschewistische Welle erblickt hätte, wenn man das Zutrauen gehabt hätte, daß im Ernstfalle eines bolschewistischen Generalangriffes Deutschland sich als Pufferstaat dagegen erheben würde. Die paar Tausend in Berlin aufgefundenen Granaten haben in Wirklichkeit sicher nicht den Ausschlag gegeben, und es würde wahrscheinlich England früher nicht darauf angekommen sein, wenn nicht Frankreich, als Glied in dem großen Antibolschewistensystem Englands hätte gesichert werden müssen. **Das hat den Ausschlag für die Kölner Entscheidung gegeben.**

Wenn man diese Argumentation als nicht ausreichend ansieht, so genügt ein Blick auf die letzten englischen Aeußerungen in der Schuldenfrage Frankreichs an Amerika, um sie zu verstärken. Nachdem auf die erste Nachricht hin, daß Frankreich eine Erleichterung suche, in England ein heftiger Sturm sich entfaltet hatte, ist wie durch einen Zauberstab die Erregung verschwunden. Schon meldet man, daß die englische Re-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250110012/fragment/page=0001

gierung keinen Einwand mehr dagegen erheben werde, wenn die Vereinigten Staaten Frankreich einen geringeren Zinsfuß, als sie England gewährt haben, zugestehen würden, ja, wenn Frankreich ein Moratorium erhalten würde. Selbst die mit der Herriotschen Regierung so befreundete Regierung Macdonalds hatte keine festen, geschweige denn derartige Erklärungen abzugeben gewagt. Die Baldwin-Regierung tut es. Welch anderer Grund wäre für eine solche Haltung zu finden als das Bestreben, in Frankreich einen Stützpfeiler des großen gegen den Bolschewismus entwickelten Systems zu schaffen!

Die jetzige Finanzkonferenz der Alliierten zur Lösung der Schuldenfrage wird vielleicht durch neue Einzelheiten Licht in die dunklen Hintergründe der englisch-französischen Politik bringen.

R. Albrecht.

Der Eindruck der deutschen Note.

Die amtliche Auffassung der Alliierten.

Wie Reuter aus wohlunterrichteten Kreisen erfährt, wird die deutsche Antwortnote an die Alliierten hier so aufgefaßt, als ob sie keines weiteren Kommentars bedürfe, da sie in keiner Weise die Lage beeinflusse (!).

Der nächste Schritt für die Alliierten sei augenscheinlich, den Bericht der Kontrollkommission abzuwarten, welche zurzeit dabei sei, ihren Bericht fertigzustellen, obwohl das Datum noch nicht bekannt sei. Die Fragen, mit denen man sich nun zu befassen haben werde, seien Tatfragen, und irgendeine neue Entwicklung in der Angelegenheit sei nicht zu erwarten, bis die militärischen und anderen Sachverständigen der alliierten Regierungen im Besitz der genauen Einzelheiten seien. Dann werde zweifellos eine neue Note nach Berlin geschickt werden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" findet, daß die deutsche Antwort einen formellen und vorläufigen Charakter habe. Die deutsche Regierung sei offenbar nicht gegen eine ausführliche Veröffentlichung der von der Kontrollkommission aufgestellten Anschuldigungen, und es sei schwer zu sagen, wie unter diesen Umständen diese Veröffentlichung von den Alliierten vermieden werden könnte oder sollte.

Eine ehrliche Stimme aus der Schweiz

Zur Note der alliierten Regierungen schreibt das „Berner Tagblatt":

Was wir eben erlebt haben, ist ganz Poincare: die Paragraphenmenge des Friedensvertrages dazu dienen, um den „Rechtsgrund" zu finden, weshalb die Kölner Zone nicht geräumt wird. Poincare haben die Reparationsverpflichtungen gedient, jetzt sind es die Entwaffnungsverpflichtungen, die man auf Poincaresche Art benutzt. In der letzten Zeit der Durchforschung Deutschlands durch die Untersuchungskommission der Alliierten nicht Dreck an den Waffenfunden und Flecken von Ostseekähnen deutscher Behörden. Als die Politik es verlangte, wurde es plötzlich anders: eine Presse setzte ein, wurde heftiger und verlogener und schwemmte alle Ansätze von Vertrauen und Verständigung hinweg, nur damit der Welt der Rechtsgrund begreiflich werde.

Der Beschluß des Botschafterrates stützt sich auf Verfehlungen in der Entwaffnung. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten, daß Deutschland zu Angriffen imstande sei, es fehlen ihm alle schweren Waffen, die die technische Stärke moderner Heere ausmachen. Es fehlen ihm die Kampfflugzeuge und die Munitionsvorräte. Auch einen Verteidigungskrieg erschwert der Versailler Vertrag, aber er verbietet ihn nicht, und so hatte dem Sinn des Friedensvertrages entsprechend der Botschafterrat keine Ursache, eine Verfehlung Deutschlands festzustellen und damit eine Hinausschiebung der Räumung zu beorunden. Die Entscheidung ist noch nicht endgültig, wir haben also noch einige Hoffnung, daß ein staatsmännischer Geist über die Regierungen der alliierten Mächte kommt; sie sind es, die den Frieden in ihrer Hand halten.

Das Verfahren auf der Pariser Finanzkonferenz.

Die Schwierigkeiten beginnen.

Der Vorsitzende der Konferenz der interalliierten Finanzministerium, Finanzminister Clementel, schlug folgende Arbeitsmethode vor: In den Fragen, über die ein einmütiges Einverständnis in den vorbereitenden Sitzungen der Sachverständigen noch nicht erzielt wurde, bemühen sich die Delegierten der interessierten Länder in Privatunterredungen zu einer vermittelnden Lösung zu gelangen. Die kommenden Tage werden deshalb sitzungsfrei bleiben und die offiziösen Besprechungen oder Beratungen zu ermöglichen, über deren Ergebnis dann die Sachverständigen unterrichtet werden, damit sie einen Bericht für die Vollsitzungen vorbereiten können, die am Anfang kommender Woche wieder aufgenommen werden sollen. Finanzminister Clementel betonte die Notwendigkeit, in kürzester Frist zu einem Einverständnis zu gelangen. Bis dahin sei es notwendig, die Berichte des Sachverständigenausschusses geheim zu halten. Der Vorschlag Clementels wurde einstimmig angenommen und die nächste Vollsitzung auf kommenden Montag anberaumt. — Die Geheimhaltung der Verhandlungen, die nach „Abschaffung der Geheimdiplomatie" seit Waffenstillstand und nach dem leidher ständig geübten entgegengesetzten Verfahren niemanden, auch nicht den meist darüber so empörten deutschen Demokraten und Sozialdemokraten, mehr überrascht, ist ein neuer Beweis, wie heikel die Verhandlungen sind. Ein erster Beweis für die Schwierigkeiten ist die soeben eingegangene nachstehende Meldung:

Nach einer, der alliierten Finanzministerkonferenz vorliegenden Zusammenstellung ergibt die provisorisch festgestellte Bilanz des Ruhrunternehmens Gesamteinnahme: 951 9 Millionen. Ausgaben: 184 Millionen Goldmark. Diese Bilanz wird im Augenblick von der Reparationskommission geprüft. Die englische und italienische Delegation legen Verwahrung gegen die 114 Millionen, von Frankreich und Belgien geforderten militärischen Besatzungskosten ein.

Ablehnung des Handelsprovisoriums mit Frankreich.

Der Führer der deutschen Handelsvertragskommission in Paris, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, erstattete gestern dem Reichskabinett Bericht. Er bezeichnete den französischen Entwurf eines vorläufigen Abkommens als unannehmbar, ließ jedoch erkennen, daß er Fortsetzung der Verhandlungen für zweckmäßig halte. Die Sitzung des Reichskabinetts dauerte bis 1 Uhr nachts. Dr. Trendelenburg reist heute nach Paris zurück.

Wie die „B. Z." wissen will, soll das Reichskabinett auf Grund des Berichtes Trendelenburgs zur Ablehnung des von Frankreich vorgeschlagenen provisorischen Handelsvertragsentwurfes gekommen sein. Durch diesen Beschluß soll die Tatsache gegeben, daß vom 11. Januar ab gegenüber Frankreich in handelspolitischer Beziehung der vertragslose Zustand eintritt und von beiden Seiten der autonome Zolltarif angewendet wird. Inzwischen sind aber die Verhandlungen in Paris vorläufig weitergeführt worden. Für heute vormittag ist eine Vollsitzung der beiden Delegationen anberaumt. Am kommenden Sonntag treffen in Paris zwei Sachverständige der deutschen chemischen Industrie ein. Damit ist die Behauptung des „Matin", daß die Vertreter dieser Industrie sich den Verhandlungen zu entziehen beabsichtigen, widerlegt.

* * *

Der Verband der britischen Handelskammern hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Präsidenten des Handelsamtes zum Zustandekommen des deutsch-englischen Handelsvertrages Glückwünsche auszusprechen.

*

Kriegssekretär Weeks sagte kürzlich im Repräsentantenhausausschuß zur Untersuchung der Luftschiffahrtsindustrie, da das Wettrüsten sich zu einem Luftwettrüsten entwickelt habe, sei das für das Heeresflugwesen bewilligte Geld ungenügend zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Luftflotte, obwohl die im Heeresetat ausgeworfene Summe von 16 Millionen Dollar die größte je bewilligte Summe sei. Weeks empfahl den Ausbau der Handelsluftschiffahrt als bestes Mittel zur Entwicklung einer ausreichenden Reservestreitmacht.

Verstärkung der Disziplin im Reichstag?

Handeklatschen im Reichstag erlaubt.

Im Reichstag kam gestern ein Antrag der Deutschen Volkspartei zur Beratung, der eine Ueberprüfung der Geschäftsordnung in der Richtung verlangt, ob die zurzeit dem Reichstagspräsidium zustehenden Disziplinarbefugnisse ausreichen, die Würde und das Ansehen des Reichstages zu wahren.

Abg. Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei begründete den Antrag mit einem Hinweis auf die Szenen, die sich während des letzten Tagungsabschnitts des Reichstags durch den Terror einer Minderheit abgespielt hätten. Gegen eine Wiederholung solcher Szenen müsse sich der Reichstag schützen, event. auch durch größere Befugnisse des Präsidenten in bezug auf Entziehung der Diäten und der Freifahrtkarten für Ruhestörer unter den Abgeordneten.

Der Kommunist Eichhorn bekämpfte den Antrag der Volkspartei, in dem er ein einseitiges Vorgehen gegen die Kommunisten erblickte. Er erklärte dabei, im Wahlkampf habe das aus Staatsmitteln bezahlte Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold den schlimmsten Terror geübt. Der Sozialdemokrat Dittmann wies die Behauptung, daß das Reichsbanner aus Staatsmitteln bezahlt werde, als grobe Unwahrheit zurück. Im übrigen sah er vorläufig keinen Anlaß, die Geschäftsordnung zu verschärfen, erklärte sich aber mit der Ueberweisung des Antrags an den Geschäftsordnungsausschuß einverstanden.

Der demokratische Abg. Dr. Külz hielt eine Verschärfung der Geschäftsordnung für dringend notwendig. Im letzten Tagungsabschnitt hätten die Kommunisten mit Unterstützung der Nationalsozialisten den Reichstag äußerlich zu einer Kaschemme degradiert, während er doch die vornehmste Pflegstätte deutschen Geistes sein sollte. Als der Redner von einem feigen tückischen Ueberfall sprach, der im letzten Tagungsabschnitt auf den wehrlosen demokratischen Abg. Brodauf verübt worden sei, rief der Kommunist Koenen „Schwindel". Er erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Als ein anderer Kommunist den Ausdruck wiederholte, nahm Reichstagspräsident Loebe Veranlassung, sich über die Art zu äußern, in der er im Reichstag die Würde des Hauses wahren wolle. Wenn ein Ausdruck, der mit einem Ordnungsruf gerügt wurde, von einem anderen Abgeordneten wiederholt wird, so werde das als eine gröbliche Verletzung der Ordnung angesehen und mit dem Ausschluß aus der Sitzung geahndet werden. Diese Maßnahme werde nicht nur bei tätlichem Vorgehen eines Abgeordneten, sondern auch bei der gröblichen Beschimpfung des Präsidenten des Reichstags und der Abgeordneten angewandt werden. Der Antrag der Volkspartei wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Als in der Debatte eine Rede mit Händeklatschen aufgenommen worden war, erklärte der Präsident, diese Art der Beifallsbezeugung sei früher im Reichstag verpönt gewesen, da sie aber in letzter Zeit von allen Parteien geübt würde, werde er das Händeklatschen nicht mehr rügen, sondern als neue Gepflogenheit des Reichstags betrachten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich das Haus um ½5 Uhr auf Freitag 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen der Ausschußbericht über die Anträge auf Freilassung der kommunistischen inhaftierten Abgeordneten und die Entwürfe der Sozialdemokraten und Kommunisten für ein Amnestiegesetz.

Der Generaldirektor der Reichsbahnen gegen Tarifermäßigung.

Der Generaldirektor der Reichsbahnen hielt gestern einen Vortrag über die gegenwärtige Lage der Reichsbahnen und der bevorstehenden Reformen. Er wies u. a. darauf hin, daß die schweren Reparationslasten, zusammen mit der hohen Verkehrssteuer, die die Eisenbahnen zu verdienen haben, ein Hindernis seien gegen jene Tarifherabsetzungen, die vielfach erstrebt werden; hingegen sei die Reichsbahn bemüht, durch Erhöhung der Geschwindigkeit der Züge, auch der Beförderung der Güterzüge ihrer Kundschaft wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Eine schrittweise Verbesserung des Oberbaues und der Brücken zusammen mit dem fortdauernd günstigen Stand der Reparaturarbeiten und der ganzen wirtschaftlichen Organisation würden eine erhebliche Vermehrung der Fahrzeiten und der Erhöhung des Komforts ermöglichen.

*

Daß man dem Reisepublikum größeren „Komfort" ermöglichen will, ist ja sehr schön, wenngleich der Hauptkomfort, der zugleich allen Reisenden ohne Unterschied der Klasse, zuteil werden würde, eine Rückkehr zu der früheren Sauberkeit der Züge und Abteile sein würde. Auch die Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit der Güterzüge ist sehr schön, nur müßte man sie gern auch auf die Personenbeförderung ausgedehnt. Dann Zeit ist Geld, und eine nur zehnprozentige Abkürzung aller Reisezeiten würde für das Reisepublikum eine Ersparnis bedeuten, die alljährlich hoch in die Millionen ginge. Soweit dazu Verbesserungen des Fahrbaus usw. nötig sind, und die dazu nötigen Summen erst verdient werden müssen, wird man diejenigen Ueberpreise der Bahn eine Zeitlang allenfalls in Kauf nehmen.

Gegen die offenbar grundsätzlich gemeinte Erklärung des Generaldirektors der Bahnen wird man aber entschieden protestieren müssen, vor allem der Begründung wegen, mit der er die Beibehaltung der hohen Tarife rechtfertigen will. Als das deutsche Volk im August zur Annahme des Londoner Abkommens weichgekochtet wurde, wobei der jetzige Generaldirektor der Bahnen, einstige Reichswerkehrsminister Oeser, getreulich mitgewirkt hat, da wurden uns der Segen und die Vorteile der Annahme in allen möglichen leuchtenden Farben gepriesen, und die Skeptiker wurden als Schädiger des Vaterlandes gebrandmarkt. Jetzt ist mit der Nichträumung des Kölner Gebietes eine der Hauptstützen der damaligen Politik zusammengebrochen und nun soll auch auf einmal nicht mehr gelten, was damals tausendfach betont wurde, daß die finanzielle Belastung der Bahnen durchaus nicht schlimm sei, weil sie im Rahmen des vor dem Kriege erzielten Reinertrags bleibe.

Wenn diese damaligen Erklärungen richtig waren, kann der Generaldirektor der Bahnen seine jetzigen verkehrsfeindlichen Tarife nicht mit Hinweis auf die Lasten aus dem Londoner Abkommen rechtfertigen. Entweder stimmte damals etwas nicht oder heute stimmt etwas nicht. Und wenn man sich den Bahnbetrieb ansieht, da muß man sagen: von einer neuen, kaufmännischen Einstellung der Bahn auf ihre neue Stellung als Privatunternehmen ist bisher im Betrieb kaum mehr zu spüren, als in der von ihrem Generaldirektor vertretenen Tarifpolitik.

Irgendwann muß nun wirklich einmal mit sparsamerer, kaufmännischerer und verkehrsfördernder Finanzwirtschaft, sei es im Steuerwesen, sei es bei der Bahn, begonnen werden. Denn soviel hervorragende Leistungen unserer verantwortlichen öffentlichen Organe sehen wir Staatsbürger wirklich nicht, als daß wir mit heller Begeisterung immer weitere die ungeheuren Steuerbelastungen und die Verkehrsverteuerung auf uns nehmen. „Nimm und gib" ist der gesunde Grundsatz jedes menschlichen Verkehrs, wir verlangen, daß diese Gegenseitigkeit der Leistungen auch vom Staat und der Reichsbahn beachtet und geübt wird.

25 Bräute.

Ein Schelmenroman von Wilhelm Herbert.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sie überschlug die Rücklagen aus ihrem Taschengeld und beschloß einen Sturmlauf auf das weiche Herz der Mutter.

Eine halbgeflüsterte Bemerkung hierüber veranlaßte Bulljahn zu einer dreimaligen innigen Umarmung, nach der sie sich beide „Du" nannten und zwei geheime Verlobungsschnäpse tranken.

Dann empfahl er sich, weil er um vier Uhr in das Theater bestellt sei.

Bei sich meinte er damit das Kaffeetheater bei Frau Mathilde.

Bibi aber ward sich nachher der Mutter an den Hals, die gerade einen großen, warmen Leberkäse abwog und dabei lächelnd zusagte, aus ihren Erübrigungen die fünfzehnhundert aufzubringen.

„Wir haben uns heimlich verlobt", seufzte Bibi. „Er kommt morgen mittag wieder. Du mußt einen Schweinsbraten machen."

Auch der Schweinsbraten wurde zugestanden. Was tut ein Mutterherz nicht für das Glück ihres einzigen Kindes?!

Bulljahn ging vollernährt nach der Chriemhildenstraße 217 — zwei, wo er in einen sehr wohlgeordneten Haushalt an einen sehr wohlgeordneten Tisch geladen wurde, hinter dem Frau Mathilde, schwarz, mit weißen Vorstößen am Hals und an den Aermeln, saß und ihn nötigte, das Papiergeschäft genau zu entwickeln.

Der genossene Schnaps und die Aussicht auf die „Kaution" gaben ihm Schwung und Phantasie, mit glaubhaften Tatsachen und Ziffern diese schwere Prüfung zu bestehen.

Dann zeigte sie ihm ihre schöne Dreizimmereinrichtung, in der alles gediegen war und nach Kampfer und Mottenpulver roch.

Sein Herz erhärtete sich dabei immer mehr. Aber der Blick auf einen kleinen heißzungsvollen Kassaschrank im Schlafzimmer, über den die Witwe im Vorübergehen mit liebkosenden Händen strich, gab ihm wieder Wärme und Elastizität.

Wenn hier der Angriff gelang, war vielleicht mit den Früchten anderswo — fern von dieser Stätte kühler kaufmännischer Zahlen — ein behagliches Leben aufzuschließen, das noch jene Seßhaftigkeit brachte, die er heute noch nicht in sich fühlte.

Drei Tassen reiner Bohnenkaffee, drei Schnitten etwas altgebackenen Hefekuchens, fast drei Stunden sachgemäßer Besprechungen führten die Witwe bei seiner vorsichtigen und klugen Zurückhaltung zu der Ueberzeugung, daß man es mit Herrn Eberhardt Müller riskieren könnte, das Papiergeschäft und die Ehe in Erwägung zu ziehen.

Auch Frieda Wilhelmine hatte — wie er nicht ohne Rührung erklärte, — dem Vorhaben ihre Weihe gegeben.

So gingen sie, sich nähergekommen, auseinander. Sie wollte ihn am anderen Morgen zwar nicht ihrem Verlebten, aber ihrem Rechtsbeistand vorstellen, auf dessen Urteil sie außerordentlich viel gab.

Das freute ihn nicht. Aber er sagte zu und stieg über die Treppe hinunter als ein Mann, der vieles erwog und sich schließlich gestand, diese kühle Mathilde sei zwar keine Herzensangelegenheit und doch vielleicht geeignet, gerade weil sie so ungemein berechnend und vorsichtig war, sie um so gründlicher hereinzulegen.

Es kam immer nur auf die Methode an.

Susanne.

Als Bullsahn auf die Straße kam, zog dreigliedrig und schnatternd ein Mädchenpensionat vorüber, das er mit behaglichem Wohlgefallen passieren ließ.

Manche streiften ihn kaum mit einem Blick voll kühner Backfischhoheit. Einige kicherten und hatten ihren Spaß an seinem Schneid. Das letzte Paar, zwei gleichgestimmte, kunstgerichtete Seelen, verschen sich in seine bunte, rotbärtige Gestalt, und vermuteten in ihm einen Mann von Bedeutung.

Er pflanzte ein zierliches Lächeln auf, so daß Fräulein Susanne, die Vorsteherin, die mit einer einzelnen hageren Schutzbefohlenen als letzter schritt, das schwarze Doppelstielglas an das Auge nahm und zuerst die Flachscheitel der beiden Schwärmerinnen, dann ihn selbst strafend beaugapfelte.

Da schoß er ihr einen schmachtenden Blick zu.

Sie maß ihn empört vom Kopf bis zur Sohle, was er mit einem neuen noch höherprozentigen Glutblitz beantwortete.

Würdig senkte sie erst das Glas, dann das Auge und hatte dabei nur eine Empfindung, die sie bei ihren Zöglingen auf das äußerste mißbilligt hätte.

Zuwartend und auf ihre weiteren Entschlüsse gespannt, blickte er nach.

An der Ecke beugte sie ihren Schwanenhals gemessen seitwärts und schaute verschielert zurück. Man konnte annehmen, daß sie den Pfad ihrer Herde gegen plötzliche Gefahren von hinten sichern wollte.

Weit, der Frauenoptimist, faßte es anders auf und folgte abenteuerfroh in gemessener Entfernung.

Auch das entging ihrem besorgten Auge nicht, das nach zwölfundert Metern neuerdings die Lage prüfte.

Sie war aufs innerste empört und hatte für eine derartige Keckheit nur noch das Gefühl widerstrebender Bewunderung.

In ihrem Herzen erwachten weiche, zarte, sehnsüchtige Regungen, die sie mit einem energischen Druck der linken Hand gegen die Taille vergebens zu erdrosseln suchte.

Vor ihr stiegen Bilder auf, über denen seit Jahrzehnten der Vorhang vergrämter Entsagung lag. Der aufrechte Stolz der Verlassenen hatte sie längst gegen die Lockungen der Ehe gefeit.

Aber es gibt auch scheintote Hoffnungen.

Wie sie als Letzte die Pforte ihres Mädchenheims beschritt und den Rotfuß noch immer in ehrerbietiger Ferne folgen sah, gellte in ihr der Schrei nach Gerechtigkeit.

Mußte er sein wie die anderen?! Konnte nicht er vom Schicksal zum Ritter geschlagen sein, die Ehre seines Geschlechtes aus einer allerdings nahezu verzweifelten Situation zu retten?!

Ein Quentchen Entzücken, das in ihr glitzerte, erwärmte ihr die Seele bis zu dem Entschluß, bei aller Vor- und Rücksicht doch Kußfestenfalls nicht unbarmherzig zu bleiben.

Es gab schon allzuviel Unheil auf der Welt. Ihretwegen sollte diese nicht um einen Märtyrer reicher oder auch ärmer werden.

Mit diesem edlen Vorsatz drückte sie auf die Klinke und warf noch einen wetterprüfenden Blick nach oben, der bei seiner Rückkehr zur Erde den geheimnisvollen Frembling überqueren mußte.

Dann trat sie in das Haus und ging mit stürmisch bewegter Seele in ihr Vorstandszimmer.

Bullsahn war namenlos keck.

Fünf Minuten später führte ihn das spitznasige Mädchen mit der weißen Steckschürze herein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250110012/fragment/page=0002